

# Landkreis Kassel

Der Kreisausschuss



Absender: Kreistags-/Kreisausschussbüro

Vorlage-Nr.: 2011/0218

Veranlasser / Verursacher

Datum: 04.10.2011

Aktenzeichen:

## Berichtsvorlage

**Berichtsantrag der SPD-Fraktion vom 20.09.2011 betreffend das Verwaltungsstreitverfahren Landkreis Kassel ./ Land Hessen wegen der kommunalaufsichtlichen Anweisung zur Erhöhung der Kreisumlage im Haushaltsjahr 2010**

### Beratungsfolge:

Gremium	am	Top	Status
Kreistag	02.11.2011	11	öffentlich

Dem Kreistag wird empfohlen, folgende Feststellung zu treffen:

Der Bericht des Kreisausschusses zum Berichtsantrag der SPD-Fraktion vom 20.09.2011 betreffend das Verwaltungsstreitverfahren Landkreis Kassel ./ Land Hessen wegen der kommunalaufsichtlichen Anweisung zur Erhöhung der Kreisumlage im Haushaltsjahr 2010 wird zur Kenntnis genommen.

### Sachverhalt:

Die Fragen beantworten wir zusammenfassend wie folgt:

Nach Erhebung der Klage wurde sie nachfolgend begründet. Die Argumente wurden in Schriftsätzen wechselseitig ausgetauscht.

Mit Verfügung vom 08.08.2011, hier eingegangen am 12.08.2011, hat das Verwaltungsgericht Kassel mitgeteilt, dass aus Sicht der zur Zeit besetzten Kammer eine

Beiladung der kreisangehörigen Städte und Gemeinden nach § 65 VwGO **nicht** in Betracht kommt. Die Kammer ist weiter der Auffassung, in dem vorliegenden Fall komme eine Entscheidung durch den Einzelrichter nicht in Betracht, vielmehr sei eine Kammerentscheidung erforderlich. Da die zur Entscheidung berufene Kammer erst zum 01.09.2011 wieder einen Kammervorsitzenden bekommen hat, ist eine Entscheidung für den Spätherbst durch das Gericht avisiert worden.

Wegen der Frage der Beiladung hat der mit der Prozessvertretung beauftragte Mitarbeiter des Landkreises noch einmal gegenüber dem Gericht ergänzend vorgetragen. Eine Reaktion des Gerichts steht noch aus. Eine nähere Begründung, warum eine Beiladung nicht Betracht kommt, wurde seitens des Gerichtes bisher nicht gegeben.

Selbert  
Erste Kreisbeigeordnete

**Anlage/n:**

<b>Beschreibung</b>
Berichtsantrag der SPD-Fraktion vom 20.09.2011 betreffend das Verwaltungsstreitverfahren Landkreis Kassel ./. Land Hessen wegen der kommunalaufsichtlichen Anweisung zur Erhöhung der Kreisumlage im Haushaltsjahr 2010